

Es informiert Sie	Norbert Korte
Telefon (0202)	563 25 41
Fax (0202)	563 80 38
E-Mail	Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
Datum	28.05.04

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (SI/1818/04) am 27.04.2004

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Karl-Friedrich Kühme

von der CDU-Fraktion

Herr Horst-Emil Ellinghaus, Herr Ralf Geisendörfer, Herr Arno Gerlach

von der SPD-Fraktion

Frau Helga Güster, Herr Andreas Mucke, Frau Gudrun Winkels-Haupt

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Paul Yves Ramette

von der FDP-Fraktion

Frau Brigitte-Marcella Panetta-Jung

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Herr Eckhard Arens (Caritasverband Wuppertal), Herr Dr. Martin Hamburger (Diakonie Elberfeld), Frau Anneliese Füssel (Jugendring), Herr Ulrich Ippendorf (Arbeiterwohlfahrt), Herr Günter Schmalenbeck, Herr Günter Schwarz (bis 17.12 Uhr), beide Jugendring

als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes

Frau Christine Burmeister (Evang. Kirche), Frau Melanie Hellmann (Kath. Kirche), Frau Ute Feldbrügge (DPWV), Frau Eva Gienger (Agentur für Arbeit), Frau Ursula Reichert (Schulen), Frau Regine Richling (sachkundige Bürgerin), Frau Helena Wendt (sachkundige Bürgerin), Herr Reinhard Fliege (Deutsches Rotes Kreuz), Herr Wolfgang Weinfurtner (Polizei), Herr Dr. Stefan Kühn (Leiter des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend u. Integration), Herr Thomas Lenz (Leiter des Ressorts Jugendamt u. Soziale Dienste,

Ausländerbeirat

Herr Frederick Mann

Vertreter der Bezirksjugendräte

Simon Geiß, Lukas Braun

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Friederike Krentz (Res. 201.0 - FB Kinder- u. Jugendhilfe), Frau Christine Schmidt (Res. 201 - Jugendhilfeplanung), Frau Cornelia Weidenbruch (SB 202 - Jugend & Freizeit), Herr Peter Krieg (SB 208.15 - Jugend & Freizeit), Herr Klaus-Peter Stein (Res. 204 - Ausländerbeauftragter)

Presse

Frau Roßkothen (WZ)

Schriftführer: Norbert Korte

Beginn: 16:03 Uhr Ende: 17:32 Uhr

Es besteht Einvernehmen, die Drs.-Nr. VO/2832/04 zur Verlagerung der Jugendverkehrsschulen mit in die Tagesordnung aufzunehmen und als neuen Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln.

Zur Wahl der Bezirksjugendräte (bisheriger TOP 3) liegt den Ausschussmitgliedern eine Neufassung der Drs.-Nr. VO/2810/04 vor. Zum bisherigen Tagesordnungspunkt 4 (Ferienbetreuung in den beiden Grundschulen an der Reichsgrafenstraße) ist die Vorlage vor der Sitzung ausgelegt worden, deren Betreff aber gegenüber der Einladung geändert worden ist. Zur Anfrage der CDU-Fraktion über die Sandreinigung von Kinderspielplätzen hat die Verwaltung geantwortet (ausgelegte Drs.-Nr. VO/2857/04).

I. Öffentlicher Teil

1 Genehmigung von Niederschriften

1.1 Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.03.04

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 27.04.2004:

Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.03.04 werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

1.2 Niederschrift über die gemeinsamen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses mit dem Schulausschuss am 17. + 24.03.04

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 27.04.2004:

Gegen die Niederschriften über die gemeinsamen Sitzungen mit dem Schulausschuss am 17. + 24.03.04 zur Offenen Ganztags-Grundschule werden keine Einwände erhoben. Die beiden Niederschriften gelten damit als genehmigt.

2 Verlagerung der Jugendverkehrsschulen Ost und West zur Skaterhalle Wicked Woods Vorlage: VO/2832/04

Herr Dr. Kühn entschuldigt sich für die Verwaltung, dass die Vorlage erst vor der Sitzung ausgelegt werden konnte. Er stellt die Vorteile für eine bessere Ausnutzung der Halle und die ganzjährige Verkehrserziehung der Grundschüler/innen heraus.

Herr Weinfurtner von der Polizei spricht sich gegen eine Verlängerung der beiden Jugendverkehrsschulen Ehrenhainstraße und Rudolfstraße in die Skaterhalle an der Schwesterstraße aus. Die Halle sei wegen ihrer zu geringen Größe und der festen Einbauten, die zu Sicherheitsproblemen führten, für die Verkehrserziehung ungeeignet.

Nach Auffassung von **Herrn Spenner** entspricht der mit den zuständigen Fachlehrern der Schulen ausgearbeitete Parcours durchaus den Anforderungen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass eine Reihe von Lehrern ihm gegenüber Bedenken gegen die Verlagerung geäußert haben.

Gegen den Vorschlag von **Frau Güster**, in der heutigen Sitzung keine Beschlussempfehlung auszusprechen und die Bedenken bis zur Ratssitzung im Mai zu klären, äußert **Herr Arens** grundsätzliche Bedenken. Die Meinung des Jugendhilfeausschusses werde damit umgangen.

Herr Dr. Kühn macht darauf aufmerksam, dass für die Verlagerung der Jugendverkehrsschulen vorrangig der Schulausschuss zuständig ist. Es besteht deshalb Einvernehmen, dem Vorschlag von Herrn Dr. Kühn zu folgen und den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und des Jugendrings die Möglichkeit zu geben, evtl. noch zu äussernde Bedenken über die Fraktionen in den weiteren Entscheidungsprozess einfließen zu lassen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 27.04.2004:

Die Jugendverkehrsschule Ost und die Jugendverkehrsschule West werden vorbehaltlich evtl. noch von den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und des Jugendrings geäußelter Bedenken in die Skaterhalle Wicked Woods, Schwesterstr. 60 A verlagert. Die bisherigen Standorte Rudolfstraße und Ehrenhainstraße werden anderweitig verwertet.

Die von der Polizei gegen eine Verlagerung erhobenen Bedenken (nicht ausreichende Größe der Halle, Sicherheitsmängel) sind bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 19.05.04 zu klären.

Einstimmigkeit

3 Anliegen der Bezirksjugendräte

Bezirksjugendrat **Simon Geiß** kritisiert die auf Vorschlag der Verwaltung vom Rat der Stadt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beschlossene 50-%ige Kürzung der Mittel für die Bezirksjugendräte.

4 Wahl der Bezirksjugendräte 2005/2006 - Wahl eines gesamtstädtischen Jugendrates Vorlage: VO/2810/04/1 – Neuf.

Herr Dr. Kühn erläutert die Gründe für eine Neufassung der Vorlage. Man habe nicht nur Fehler korrigiert, sondern auf Wunsch der Bezirksjugendräte auch noch eine inhaltlich bedeutende Änderung zum Wahlalter vorgenommen worden. Nach § 5 der Wahlordnung dürften jetzt auch Jugendliche wählen, die das 18. Lebensjahr bereits vollendet haben. Das Gleiche gelte auch für die Wählbarkeit.

Herr Gerlach meldet für seine Fraktion noch Beratungsbedarf an und bittet deshalb, in der heutigen Sitzung noch keinen Beschluss zu fassen. Über wesentliche

Fragen wie das Alter und die Sicherung der Mitwirkungsmöglichkeiten für die Schulen müssten noch Gespräche geführt werden.

Frau Güster, Herr Ramette und Herr Schmalenbeck sprechen sich übereinstimmend für eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung aus. In der Gesprächsrunde am 30. März sei die veränderte Konzeption bereits ausführlich vorgestellt worden. Alle Beteiligten hätten insofern genügend Zeit gehabt, die noch offenen Fragen zu klären.

Herr Krieg weist darauf hin, dass das neue Verfahren mit jeder einzelnen Schule abgestimmt wird.

Bezirksjugendrat **Lukas Braun** erläutert die Überlegungen der Bezirksjugendräte. Von der Neuregelung erhoffe man sich, die Mitglieder der Bezirksjugendräte über einen längeren Zeitraum in die Arbeit einbinden zu können. In der Vergangenheit habe es zu viele Abgänge gegeben, was für die Kontinuität der Arbeit nicht förderlich gewesen sei.

Herr Gerlach ist bereit, der Vorlage zuzustimmen, wenn die Festlegung des passiven Wahlalters und die Fragen zu den Mitwirkungsmöglichkeiten der Schulen vorerst ausgeklammert werden.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich der Vorsitzende, Herr Dr. Kühn, Herr Schwarz, Frau Panetta-Jung und Herr Mucke.

Herr Verst äußert sich auf Nachfrage zum Antragsrecht der Bezirksjugendräte. Nach der Gemeindeordnung stehe den Bezirksjugendräten auch weiterhin kein Antragsrecht in den parlamentarischen Gremien zu. Der Jugendhilfeausschuss habe aber durchaus die Möglichkeit, den Bezirksjugendräten auf freiwilliger Basis ein Antragsrecht einzuräumen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 27.04.2004:

Der veränderten Konzeption sowie der Wahlordnung wird vorbehaltlich der noch zu klärenden offenen Fragen (u.a. passives Wahlalter) zugestimmt.

Einstimmigkeit

5 Offene Ganztagschule im Primarbereich; Auflösung des städt. Kinderhortes Reichsgrafenstr. Vorlage: VO/2866/04

Herr Arens gibt für die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege eine Erklärung zum Bericht der Verwaltung ab.

1. Mit den freien Trägern müsse für jede Schule ein Budget vereinbart werden. Es dürfe keine „Spitzabrechnung“ geben.
2. Die Ferienbetreuung beschränke sich grundsätzlich auf 6 Wochen. In Einzelfällen sei aber eine Ausweitung möglich.
3. Die Kinder würden frühestens ab 11.00 Uhr betreut. Falls in der Zeit davor kein Unterricht stattfinde, müssten die Schulen selbst Regelungen für die Beaufsichtigung und Betreuung der Kinder treffen.

Herr Gerlach akzeptiert für seine Fraktion die von Herrn Arens abgegebene Erklärung.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 27.04.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss.

6 Sandreinigung auf öffentlichen Kinderspielplätzen

**6.1 Anfrage der CDU-Fraktion: Reinigung der Kinderspielplätze mit "Sandmaster"
Vorlage: VO/2816/04**

**6.2 Sandreinigung auf öffentlichen Kinderspielplätzen
Vorlage: VO/2857/04**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 27.04.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss.

7 Haushaltsplan 2004/2005

**7.1 Pauschale Darstellung von Kürzungen im Sozial- und Jugendbereich verhindern/ Flexibilität auch unter gedeckelten Ansätzen bieten
Begleitantrag zu Drs.: VO/2619/04: Weitere Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltsplanentwurf 2004/2005**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.03.2004
Vorlage: VO/2776/04**

Nach Auffassung von **Herrn Dr. Kühn** hat sich der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen durch den Verlauf der Haushaltsplanberatungen in der Ratssitzung am 29.03.04 erledigt. Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag von Herrn Dr. Kühn zu folgen und den Antrag für erledigt zu erklären.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 27.04.2004:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Verhinderung der pauschalen Darstellung von Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich und zur Flexibilität auch unter gedeckelten Ansätzen wird gemäß § 8 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt in der Sache für erledigt erklärt.

Einstimmigkeit

**7.2 Ergebnisse der Beratungen über den Haushaltsplan 2004/2005 im Rat der Stadt
Vorlage: VO/2820/04**

Herr Verst weist auf die missverständliche Darstellung in der Drs.-Nr. 2720/04 hin, die der Drs.-Nr. 2820/04 als Anlage beigefügt ist. Der Rat der Stadt habe nicht nur die Kürzung der Mittel für die Bezirksjugendräte um 5.000 €, sondern auch eine Reduzierung des Ansatzes für die Jugendarbeit im Haus der Jugend Barmen um 10.000 € beschlossen

Herr Arens erklärt, dass die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

keine Einsparvorschläge machen wird. Die AG werde sich vielmehr mit allen legalen Mitteln gegen die Kürzung der Zuschüsse wehren. Es könne kein Cent mehr eingespart werden. Bei weiteren Kürzungen führe kein Weg an der Kündigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorbei. Falls es bei dem Beschluss bleibe, müsse die Politik wegen der einzuhaltenden Kündigungsfristen konkret entscheiden, in welchen Bereichen Mittel eingespart werden.

Der **Vorsitzende** spricht sich gegen Kürzungen nach der „Rasenmähermethode“ aus. Die Politik müsse vielmehr die Kraft haben, auch zu sagen, welche Aufgaben sie künftig noch finanzieren wolle.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass die Verwaltung nicht in der Lage ist, bis zur nächsten Sitzung Einsparvorschläge zu unterbreiten.

Herr Ramette glaubt nicht, dass die Politik die Kraft zu einer Entscheidung hat.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 27.04.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss

8 Betriebskostenzuschüsse 2004 an freie Träger offener Jugendeinrichtungen
Vorlage: VO/2802/04

Frau Richling hofft, dass die städt. Zuschüsse auch künftig in der gleichen Höhe gewährt werden.

Herr Schwarz weist darauf hin, dass die Kürzung der Landesmittel nur durch die Schließung von drei Einrichtungen aufgefangen werden konnte.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 27.04.2004:

Im Rahmen der Richtlinien über die Förderung der offenen Jugendarbeit der Stadt Wuppertal und der im Haushaltsplan 2004 vorgesehenen Mittel bei der Haushaltsstelle 4600-718.0000 werden an die freien Träger der offenen Jugendeinrichtungen Betriebskostenzuschüsse gemäß Anlage 1 gewährt. Dies gilt unter dem Vorbehalt, dass die Bezirksregierung zum Haushaltsplan 2004/2005 keine weitergehende Kürzung bei Zuschusspositionen fordert.

Einstimmigkeit

9 Organisationskostenzuschüsse 2004 für anerkannte Jugendorganisationen
Vorlage: VO/2797/04

Herr Schwarz erläutert den Beschlussvorschlag des Jugendrings. Der Zuwachs an Jugendorganisationen führe bei städtischen Mitteln in unveränderter Höhe zu einer durchschnittlichen Zuschusskürzung von 7 %.

Einstimmigkeit

10 Öffentliche Anerkennung des Vereins Gefährdetenhilfe Wuppertal e.V.
Vorlage: VO/2824/04

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 27.04.2004:

Der Verein Gefährdetenhilfe Wuppertal e.V. wird als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz/ KJHG) in Verbindung mit § 25 des Ausführungsgesetzes zum KJHG NRW als Träger der freien Jugendhilfe öffentlich anerkannt.

Einstimmigkeit

11 Berichte

**11.1 Veränderung der Öffnungszeiten des Drogenkonsumraumes zugunsten der Wochenenden
VO/2745/04**

Herr Mucke regt an, über die Vorlage in der morgigen Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit zu beraten.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 27.04.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss

**11.2 Beteiligung an der virtuellen Beratungsstelle der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung
Vorlage: VO/2805/04**

Der zuständige Mitarbeiter der Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche, **Herr Reuß**, stellt die virtuelle Beratungsstelle anhand einer PC-Präsentation vor.

Der **Vorsitzende** bittet die Verwaltung, über die Erfahrungen mit dem neuen Medium in einem angemessenen zeitlichen Abstand erneut zu berichten

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 27.04.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss

12 Kennzahlen-Berichte

**12.1 Kennzahlen der Jugendhilfe (Eckdaten der Hilfen zur Erziehung im Ressort 201), 4. Quartal 2003
Vorlage: VO/2803/04**

Herr Lenz ergänzt den Kennzahlenbericht der Jugendhilfe anhand von Diagrammen (als Anlage beigefügt) um einige finanzielle Aspekte. Das Ressort habe das Haushaltsbudget für die Hilfen zur Erziehung im vergangenen Jahr eingehalten und damit wieder das Niveau von 1999 erreicht. Obwohl das Budget für den gesamten Unterabschnitt 4550 leicht überschritten worden sei, gingen auch hier die Ausgaben weiter zurück.

Bei den Heimunterbringungen stiegen die Fallzahlen aktuell wieder an. Obwohl die finanziellen Mittel nur für 450 Kinder und Jugendliche ausreichten, seien zurzeit 472 in Heimen untergebracht.

Herr Lenz regt eine inhaltliche Darstellung in einer der nächsten Sitzungen an.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Frau Feldbrügge** und **Herr Dr. Hamburger**. Beide sind an weiteren statistischen Unterlagen interessiert, aus denen hervorgeht, inwieweit die Jugendhilfemaßnahmen in Wuppertal oder außerhalb von Wuppertal bzw. in Wuppertal von freien Trägern oder der Stadt durchgeführt werden.

Herr Lenz sagt zu, in einer der nächsten Sitzungen auch Vergleichszahlen mit anderen Städten vorzulegen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 27.04.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss.

12.2 Kennzahlen der Sozialhilfe (Eckdaten der Hilfe zum Lebensunterhalt), 4. Quartal 2003
Vorlage: VO/2806/04

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 27.04.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss.

12.3 Kennzahlen der Beistandschaft (Eckdaten des Fachreichs Unterhalt im Ressort 201), 4. Quartal 2004
Vorlage: VO/2804/04

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 27.04.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss.

12.4 Kennzahlen der Heranziehung (Eckdaten des Fachbereichs Unterhalt – Ressort 201), 4. Quartal 2003
Vorlage: VO/2807/04

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 27.04.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss.

13 Wünsche und Anregungen

1. Abbau von Zigarettenautomaten

Herr Schmalenbeck erinnert an die Diskussion in der März-Sitzung 2002, in der beschlossen wurde, die Aufstellung von Zigarettenautomaten um Umkreis von Schulen, Jugendeinrichtungen und Sportstätten nicht mehr zu genehmigen bzw. die Automatenaufsteller zu veranlassen, bereits montierte Geräte abzubauen.

Der Zigarettenautomat am Haus der Jugend in Barmen hänge aber immer noch.

Herr Dr. Kühn weist auf die Anfrage der CDU-Fraktion zur morgigen Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit zu diesem Thema hin.

Auf Nachfrage von **Herrn Mucke** erklärt **Herr Dr. Kühn**, dass mit den Automatenaufstellern seines Wissens noch nicht wegen des Abbaus von Geräten gesprochen worden ist. Die Verwaltung werde in der nächsten Sitzung über den aktuellen Sachstand berichten.

2. Sachstandsbericht Kinderfreundlichkeit

Auf Nachfrage von **Frau Güster** erklärt **Herr Dr. Kühn**, dass der Sachstandsbericht des Teams Kinderfreundlichkeit voraussichtlich zur nächsten Sitzung vorgelegt werden kann.

3. Öffnung der Schulhöfe zum Spielen

Herr Verst berichtet auf Nachfrage von **Frau Güster** über die schwierigen Verhandlungen mit den Schulen, hinsichtlich der Freigabe der Schulhöfe außerhalb der Unterrichtszeiten zu einer vernünftigen Lösung zu kommen.

4. Aktion Kindertal

Herr Dr. Hamburger möchte in der nächsten Sitzung die Aktion Kindertal vorstellen, die Kinder und Jugendliche in finanziellen Notlagen unterstützt.

5. Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (Hartz IV)

Auf Nachfrage von **Herrn Ramette** weist **Herr Dr. Kühn** darauf hin, dass am Donnerstag und Freitag dieser Woche ein Workshop mit der Bundesagentur für Arbeit zum Thema Hartz IV stattfindet.

6. Grundüberholung der Kinderspielplätze

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass die Verwaltung wegen des nicht genehmigungsfähigen Haushaltsplanes in diesem Jahr keine Vorlage zur Rangfolge der zu sanierenden Kinderspielplätze vorlegen kann. Nur über Einzelvorlagen könne von den Bezirksvertretungen über Instandsetzungsmaßnahmen entschieden werden.

Kühme
Vorsitzender

Korte
Schriftführer